**Rückmeldung
zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zum**

Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung

Wien, 03. Juli 2025

Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft

Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs – VÖWVG – vertritt die Interessen der öffentlichen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge. Der VÖWVG repräsentiert somit Unternehmen und Einrichtungen, die im Eigentum, mit Beteiligung oder im Auftrag von Gebietskörperschaften Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erbringen. Neben der Energie- und Trinkwasserversorgung, der Abfall- und Abwasserentsorgung und dem öffentlichen Verkehr sind auch die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung sowie die Bereiche Wohnen, Gesundheit und Soziales vom Begriff der Daseinsvorsorge umfasst.

Rechtsform: Verein

Sitz: Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT): 338965482

Zuständigkeit: LPD Wien, Abteilung für Vereins- Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer: 16441688074-96

Einleitung

Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (im Folgenden VÖWG) vertritt die Interessen der wichtigsten Akteure des öffentlichen Sektors, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge. Der VÖWG vertritt damit 120 Unternehmen und Institutionen, die im Eigentum, unter Beteiligung oder im Auftrag von Gebietskörperschaften Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen. Der VÖWG begrüßt die Möglichkeit zur Beteiligung an der Konsultation der Europäischen Kommission und erlaubt sich im Namen seiner Mitglieder eine Verbandsstellungnahme einzubringen.

Die fortschreitende Digitalisierung von Verwaltung, öffentlicher Daseinsvorsorge und kritischer Infrastruktur erfordert leistungsfähige, vertrauenswürdige und rechtssichere digitale Infrastrukturen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) die Bemühungen der Europäischen Union, durch den geplanten EU Cloud Act und flankierende Initiativen wie GAIA-X und IPCEI-CIS ein eigenständiges europäisches Cloud-Ökosystem zu schaffen.

Forderung einer souveränen europäischen Cloud

Aus Sicht des VÖWG ist der Aufbau einer **souveränen europäischen Cloud-Infrastruktur** ein zentrales strategisches Erfordernis für die digitale Resilienz, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas. Die digitale Souveränität Europas ist keine abstrakte Idee, sondern die Grundvoraussetzung für eine widerstandsfähige, zukunftsfähige und sichere digitale Infrastruktur.

Besonderes Augenmerk gilt dabei den kritischen Infrastrukturen – etwa in der Energieversorgung, im Gesundheitswesen, im Finanzsektor, im Verkehr und in der öffentlichen Verwaltung. Diese Sektoren bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Ihre zunehmende Vernetzung und Abhängigkeit von digitalen Diensten erhöht jedoch auch die Anfälligkeit gegenüber externen Abhängigkeiten, Cyberrisiken und geopolitischen Spannungen.

Der Einsatz von Cloud-Diensten, die außerhalb europäischer Rechtsräume operieren, birgt erhebliche Risiken in Bezug auf Datenschutz, Datensouveränität und nationale Sicherheit. Der extraterritoriale Geltungsbereich außereuropäischer Rechtsnormen wie des US CLOUD Act steht mit den europäischen Anforderungen an Datenschutz, Grundrechte und demokratische Kontrolle in direktem Konflikt.

Eine souveräne europäische Cloud bietet die Möglichkeit, sensible Daten und Systeme innerhalb eines vertrauenswürdigen Rechtsrahmens zu betreiben – konform mit der DSGVO, interoperabel, transparent und sicher. Damit verbunden ist der klare Bedarf nach einer **kohärenten europäischen Cloudstrategie sowie einem ordnungspolitischen Rahmen**, der einheitliche rechtliche und technische Standards für Datenschutz, Datensouveränität und digitale Zusammenarbeit schafft – insbesondere für den öffentlichen Sektor und Betreiber kritischer Infrastrukturen.

Gleichzeitig stärkt eine europäische Cloudlösung das Vertrauen von Bürger:innen und Unternehmen in digitale Dienste und schafft die Grundlage für eine unabhängige, innovationsfähige und wettbewerbsfähige europäische Digitalwirtschaft. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur digitalen Souveränität und zur Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Der VÖWG fordert daher:

- **Klare rechtliche Rahmenbedingungen** für den künftigen EU Cloud Act, die europäische Datenhoheit und die Nicht-Zugänglichkeit sensibler Daten durch Drittstaaten gewährleisten.
- **Zielgerichtete Förderung europäischer Cloud-Anbieter**, insbesondere solcher, die Open-Source-Lösungen und Interoperabilität unterstützen.
- **Verpflichtende Vorgaben für den öffentlichen Sektor**, bei besonders sensiblen Anwendungen nur noch souveräne europäische Cloud-Dienste zu nutzen („Cloud-Only-if-Sovereign“-Prinzip).
- **Einbindung öffentlicher Unternehmen und Infrastrukturbetreiber** in den Aufbau und die Governance europäischer Cloud-Ökosysteme.

Die digitale Zukunft Europas muss auf Vertrauen, Rechtssicherheit und technologischer Unabhängigkeit basieren. Der VÖWG setzt sich daher entschieden für die Entwicklung einer europäischen Cloud-Infrastruktur ein, die diese Prinzipien gewährleistet und eine stabile Grundlage für Innovation, Nachhaltigkeit und digitale Souveränität bildet.